



**Anette Kramme**  
[www.anette-kramme.de](http://www.anette-kramme.de)

Dezember 2011

### In dieser Ausgabe:

**Seite 1:** Halbleitbilanz von Frau von der Leyen  
**Seite 2:** Bundesparteitag  
**Seite 3:** Tarifliche Lohnuntergrenze  
**Seite 4:** Betriebsrätekonferenz und Telekommunikationsgesetz  
**Seite 5:** „Sparprogramm“ der Regierung  
**Seite 6:** Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention

## Die Zahl des Monats:

# 600.000

Für so viele bedürftige Kinder wurden Leistungen aus dem Bildungspaket beantragt. Dies entspricht gerade mal 45 % !

Ministerin von der Leyen produziert viel heiße Luft und bleibt auf ihren „Päckchen“ sitzen.

# REPORT AUS BERLIN

Aktuelles aus der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziale der SPD-Bundestagsfraktion

## „Frau von der Leyen hat nicht ins Spiel gefunden“

Anfang Dezember hat Ursula von der Leyen ihre Halbleitbilanz vorgelegt - in Form eines glänzenden, aber doch sehr dünnen 14-Seiten-Heftchens. Diese Bilanz steht sinnbildlich für die Politik der Ministerin - mehr Schein als Sein.

Im Fußball würde man sagen, Frau von der Leyen hat nicht ins Spiel gefunden. Nach vorne fehlte es ihr an Kreativität, und viel zu häufig, verzettelte sie sich in ergebnislose Einzelaktionen. Aber auch in der Politik gibt es fürs Schönspielen keine Punkte!

Nach zwei Jahren im Amt hat Ursula von der Leyen noch immer keine Ideen für drängende Probleme vorgelegt: Fachkräftemangel oder Langzeitarbeitslosigkeit?! Die Ministerin steht den Fragen ratlos oder gleichgültig gegenüber. Manchmal wohl auch beides. Frau von der Leyen wird eigentlich nur tätig, wenn ihr Gesetzentwürfe von außen angetragen werden.

Die drohende Altersarmut interessierte Frau von der Leyen scheinbar nicht. Erst ein Jahr später als angekündigt gab es die erste Verlautbarung dazu - die sogenannte Zuschussrente. Die wurde von allen Rentenexperten zerrissen, denn die Zuschussrente wird für die meisten Menschen praktisch keine Verbesserungen mit sich bringen, weil sie die Anspruchskriterien nicht erfüllen. Es handelt sich wieder einmal um

eine Mogelpackung, wie so oft in den letzten 2 Jahren.

Mit Schönspielen hat die Ministerin auch bei der Reform der Regelsätze kein Tor geschossen. Ganz im Gegenteil kann man wohl eher von einem Eigentor sprechen. Vom Urteil des BVerfG getrieben, musste das Ministerium reagieren. Die Ministerin legte ein Gesetz vor, dass verfassungsrechtlich nach wie vor bedenklich bleibt.

Verwirrung stiftete von der Leyen am Ende vor allem in ihrer eigenen Mannschaft. Indem sie den ganzen Sommer über Chipkarten redete, untermauerte die Ministerin ihren Ruf als Einzelspielerin, viele Parteikollegen waren verwundert und kritisierten ihre Pläne. Am Ende des fragwürdigen Spielzugs stand dann letztlich ein Bildungs- und Teilhabepaket, das so kompliziert ist, dass es nicht einmal zur Hälfte in Anspruch genommen wird.



Die Ministerin aber brüstet sich mit ihrem „Erfolg“, dass die Antragsquote nun auf 45 Prozent gestiegen sei.

Der Halbzeitbilanz der Ministerin fehlt es hinten und vorne an Substanz, so wie auch ihrer gesamten Tätigkeit in den letzten 2 Jahren. Die Neuregelung der Arbeitsmarktinstrumente ist inhaltlich falsch und zeigt keinerlei Gespür für künftige Aufgaben. Statt Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, setzt von der Leyen lediglich die Sparvorgaben des Finanzministers um und streicht damit für eine Vielzahl von Arbeitslosen die Möglichkeiten zur Qualifizierung.

Auch die Neugestaltung für die Leiharbeit bleibt hinter den Notwendigkeiten zurück: Im Zuge des Schlecker-Skandals hatte die Ministerin großspurig Reformen angekündigt; heraus kam letztlich ein Minigesetz, das lediglich den sog. Drehtüreffekt verhindert, aber alle anderen drängenden Probleme nicht behandelt. Damit bleibt das Gesetz auch hinter den Vorgaben der EU zurück, da es z.B. nicht die nötige Klassifizierung von Leiharbeit als vorübergehend vornimmt. Auch auf den schon im Mai 2010 angekündigten Mindestlohn für die Leiharbeit warten wir bis heute vergeblich.

Trotz aller medialen Ankündigungen rechnen wir nicht damit, dass noch in dieser Legislaturperiode im Bereich Mindestlohn Ergebnisse kommen. Frau von der Leyen muss in der zweiten Halbzeit mehr Initiative zeigen und endlich Ergebnisse vorlegen, statt nur schön zu spielen. Sonst gehört sie ausgewechselt.

## Bundesparteitag vom 04. bis 06. Dezember 2011 in Berlin

**Vom 04. bis zum 06. Dezember fand der Bundesparteitag der SPD in Berlin statt. Im Zentrum stand u.a. der Leitantrag „Für den Wert der Arbeit und ein besseres Leben“, der die grundlegenden Ziele der SPD zusammenfasst.**

Etwa 500 Delegierte hatten sich im ehemaligen Postbahnhof versammelt, um den vielen leidenschaftlichen Rednern zu folgen, sich zu vernetzen und zu diskutieren. Ein von Highlights gespickter Parteitag begann mit Helmut Schmidts Rede über Europa. Anschließend eroberte der Parteivorsitzende Gabriel die Herzen der Genossen im Sturm. Sein Engagement für die Partei wurde ihm mit 91,6 Prozent überragender Zustimmung gedankt. Es herrschte eine hervorragende Stimmung im Postbahnhof und von allen Seiten zwitscherte es von der Regierungsübernahme 2013.

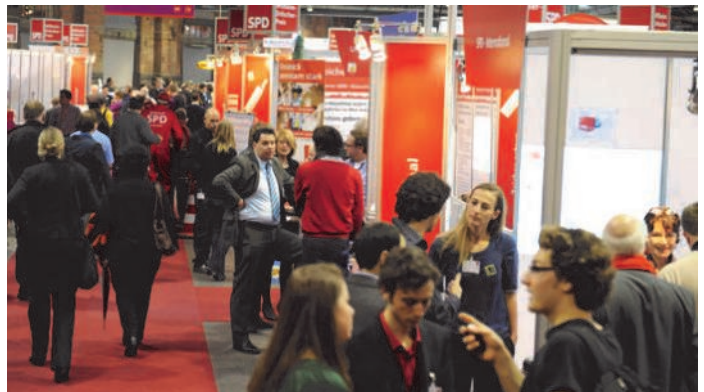
Trotz weitreichender Spekulationen der Medien über etwaige Kanzlerkandidaten ließ sich keiner in die Karten schauen, und so bleibt es weiter spannend!

Im Bundesvorstand sitzen nun drei Bayern: Florian Pronold, Julian Nida-Rümeling und erstmals Anette Kramme. Das starke Bayern-Trio wird sich künftig geschlossen um die sozialdemokratischen Belange in Bayern kümmern.

Für Arbeitsmarktexpertin Anette Kramme steht fest: „Wir sind

die Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und wir sehen unsere Aufgabe darin, guter Arbeit wieder ihren hohen Stellenwert in der Gesellschaft zu geben. Für die meisten Menschen ist Erwerbsbeteiligung eben nicht nur Broterwerb, sondern auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Selbstachtung, Selbstvertrauen und Selbstverwirklichung. Arbeit hat einen Wert, der weit über das Materielle hinausreicht.“

Weil das so ist, will die SPD gute Arbeit für alle Menschen ermöglichen und kämpft selbstver-



ständig für Vollbeschäftigung und gute Löhne. Das bedeutet heute nur noch selten, dass jemand von der Ausbildung bis zur Rente durchgehend Vollzeit in der gleichen Firma arbeitet. Die Arbeitswelt ist wesentlich dynamischer und flexibler geworden. Aus diesem Grund ist es der SPD wichtig, dass jeder Mensch wiederholt die Chance auf Qualifikation, gute Arbeit und soziale Absicherung erhält. Unser soziales Profil wurde mit diesem Parteitag erneut gestärkt und so können wir geschlossen und frohen Mutes auf die Wahl 2013 blicken.

## Tarifliche Lohnuntergrenze der CDU – Ein Kurswechsel?

Obwohl die Bundestagswahl noch in weiter Ferne ist, bringt sich die Union mit wahltaktischen Manövern in Stellung. Durch ihre Forderungen nach einer tariflichen Lohnuntergrenze versucht sich die Union aktuell einen sozialen Anstrich zu geben. Tatsächlich hat sie beschlossen, dass sich nichts ändern soll: Nach Branchen und Regionen differenzierte Lohnuntergrenzen sollen ermöglicht werden. Damit verkauft die Union als Fortschritt, was längst geltendes Recht ist. Schon heute können Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zusammen über das Mindestarbeitsbedingungs-gesetz Mindestlöhne für schutzlose Branchen festlegen.



Anette Kramme, MdB

Es stellt sich die Frage, wieso sich die Sozialpartner plötzlich einigen sollten, wo sie es davor

nicht konnten? Unklar bleibt auch, was passieren soll in Branchen, in denen es keine Arbeitgeberverbände gibt (z.B. in der Fleischindustrie): In diesen Fällen läuft der CDU-Beschluss absolut ins Leere.

Tatsächlich würden durch den Vorschlag der CDU eher die christliche Pseudogewerkschaften aufgewertet. Arbeitgeber, die Lohndumping betreiben wollen, müssen nur noch mit willfähigen Partnern einen Tarifvertrag abschließen. Selbst wenn die dort festgelegten Löhne nur knapp über der Grenze der Sittenwidrigkeit liegen, sind sie nach CDU-Lesart künftig nicht angreifbar. Die CDU hat auf ihrem Parteitag letztlich

entschieden, dass Stundenlöhne von vier oder fünf Euro für sie akzeptabel sind.

Für die Arbeitsmarktexpertin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme muss ein Mindestlohn eine für alle verbindliche Untergrenze sein.

„Stundenlöhne von vier Euro sind Lohndumping und produzieren massive Altersarmut, unabhängig von Branche und Bundesland. Bei nach Branchen und Regionen differenziertem Lohn werden viele Arbeitnehmer auf die ihnen zustehenden Rechte verzichten, weil sie schlicht nicht wissen, welcher Mindestlohn für sie gilt. Auch wird es möglicherweise Jahre dauern, bis für alle Branchen und Regionen Mindestlöhne ausgehandelt sind.“ so Kramme.

Die SPD fordert daher einen allgemeinen und flächendeckenden Mindestlohn, der 8.50 Euro pro Stunde nicht unterschreiten darf. Nur so kann Lohndumping effektiv vermieden werden.



## Rückblick: Betriebs- und Personalrätekonferenz

Auf der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Fraktion diskutierten über 250 Gäste mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Gewerkschaften über Lohngleichheit und die Zukunft des Tarifsystems. Die jährliche Konferenz leistet einen wichtigen Beitrag zur gemeinsamen Arbeit von SPD, Gewerkschaften und den Betriebs- und Personalräten in ganz Deutschland.

Die Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme nutzte die Gelegenheit, um den Arbeitnehmervertretern aus ganz Deutschland für ihre Arbeit in den vergangenen Monaten zu danken. Sie betonte die Bedeutung der Betriebs- und Personalräte: „Ohne Ihren unermüdlichen Einsatz wäre die Überwindung der Wirtschaftskrise in dieser Form nicht möglich gewesen. Hierfür möchte ich Ihnen ganz herzlich danken.“

Im Fokus der Konferenz stand die Diskussion über die Ausgestaltung

gesetzlicher Regelungen zur Schaffung betrieblicher Gleichstellung. Die Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen liegt derzeit bei rund 23 Prozent. Christel Hummel, Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik, stellte hierzu das Eckpunktepapier der SPD-Fraktion „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ vor.

Der zweite Schwerpunkt der Konferenz betraf die Zukunft des Tarifsystems. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel sieht den Rückgang der Tarifbindung kritisch. Er betonte, dass der Ausbau des Tarifvertragssystems mehr als dringlich sei. Hierbei gehe es nicht nur um gerechte Entlohnung, sondern auch um betriebliche Mitbestimmung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen den Beitrag Gabriels zum Anlass, um den Einfluss der Tarifpolitik auf die allgemeine Lohnentwicklung zu diskutieren.

## Breitbandversorgung

Das Telekommunikationsgesetz soll eine leistungsfähige Telekommunikationsinfrastruktur fördern und flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen gewährleisten. Gerade im ländlichen Raum, eben auch in Oberfranken, gibt es oft keine ausreichende Breitbandversorgung.

Leider haben Union und FDP wieder einmal eine Chance vertan. Änderungen im Telekommunikationsgesetz (TKG) werden nicht dazu führen, dass es eine garantierte Grundversorgung mit einem schnellen Internet für alle gibt. Das hatte die SPD wiederholt gefordert. „Nach wie vor gibt es zahlreiche weiße Flecken, also Gebiete ohne Breitbandversorgung. In Oberfranken können wir hiervon ein Lied singen. In manchen Gegenden ist es für die Bürger nach wie vor unmöglich, einen DSL-Zugang zu bekommen oder sie haben einen, aber mit einer vollkommen unzureichenden Übertragungsrate.“

Eine flächendeckende Breitband-Grundversorgung ist notwendig, um den ländlichen Raum nicht weiter abzuhängen. Denn angefangen von der Schule über die Ausbildung bis in den Beruf wird die Verfügbarkeit von Breitbandzugängen inzwischen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen vorausgesetzt“, so die oberfränkische SPD-Bezirksvorsitzende Anette Kramme.

Der Ansatz der schwarz-gelben Bundesregierung, ausschließlich auf die Marktkräfte zu vertrauen, sei blauäugig, so MdB Kramme weiter.



Die SPD fordere deshalb eine gesetzliche Universaldienstverpflichtung, die eine Breitbandversorgung flächendeckend sicherstellt.

„Der Beschluss von Union und FDP bleibt weit dahinter zurück.“

Er sieht nur die Aufnahme eines funktionalen Internetzugangs vor, nutzt aber nicht die von der EU geschaffene Möglichkeit, hierfür auch eine bestimmte Bandbreite als Universaldienst festzulegen.“

mit Migrationshintergrund anzubieten.

Darüber hinaus forderte die SPD, zusätzlich 200 Mio. Euro für ein Bundesprogramm namens „Allen Jugendlichen eine 2. Chance auf Ausbildung geben“ zu nutzen. Jugendlichen sollte die Aufnahme einer Berufsausbildung und deren erfolgreicher Abschluss besser als bisher ermöglicht werden, gegebenenfalls auch erst im 3. oder 4. Anlauf. Ein genau so hoher Betrag war im Änderungsantrag für ein Programm „Menschen über 30 Jahren eine Chance auf beruflichen Aufstieg durch Bildung geben“ vorgesehen. Durch eine gezielte Förderung sollten Menschen über 30 Jahren eine Chance erhalten, ihre berufliche Qualifikation aufzufrischen und zu verbessern. So sollten z.B. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die keine berufliche Qualifikation haben oder die in einem anderen als dem erlernten Beruf tätig sind, die Chance zum Erwerb des Berufsabschlusses bekommen.

## Unter der Lupe: Das „Sparprogramm“ der Regierung

Das im letzten Jahr verabschiedete „Sparprogramm“ der Koalition hat sich wie erwartet als gigantische Luftbuchung und abenteuerliches Täuschungsmanöver herausgestellt. Die schwarz-gelbe Kürzungsorgie im Bereich des Arbeits- und Sozialministeriums geht in die nächste Runde. Ministerin von der Leyen sorgt gemeinsam mit den Koalitions-Haushältern weiterhin für einen Kahlschlag zulasten von Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehenden mit Kindern, Migranten und Langzeitarbeitslosen.

Die SPD hat deshalb in den Haushaltsberatungen für den Etat des Bundesministerium für Arbeit und Soziales Änderungsanträge im Umfang von 1,5 Milliarden Euro gestellt.

„Gemeinsam mit allen Sozialverbänden und Gewerkschaften haben wir damit den dringenden Handlungsbedarf unterstrichen und Perspektiven aufgezeigt, um notwendige Finanzmittel bereit zu stellen. Leider hat Schwarz-Gelb diese Anträge abgelehnt.“ berichtete Anette Kramme.

So strich Schwarz-Gelb das Elterngeld für ALG-II-Bezieher und kürzte massiv in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. „Um es auf einen Nenner zu bringen, muss man wohl sagen: die Koalition schont die Starken und nimmt das Geld von den Schwachen“

konstatierte Kramme. „Dies wird zur Spaltung des Arbeitsmarkts führen und Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland untermauern.“

Die ab 2013 geplanten Steuer-senkungen, von denen Geringverdiener nicht profitieren, dafür aber diejenigen mit höheren Einkommen und auch das neue Betreuungsgeld zielen in eine falsche Richtung. Dadurch gehen dem Staat 8 Mrd. € verloren. Dieses Geld fehlt dem öffentlichen Haushalt, um für die Zukunft vorzusorgen.

Die SPD hat gute Vorschläge und zukunftsweisende Ideen vorgetragen. So forderte die Bundestagsfraktion in einem Änderungsantrag eine Erhöhung der finanziellen Mitteln um 1,1 Mrd. Euro, um Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Hierdurch soll der arbeitsmarktpolitische Kahlschlag von Schwarz-Gelb korrigiert werden.

Davon sollten 200 Mio. Euro verbindlich für ein Programm „MigraPlus“ reserviert werden, um bessere Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen für Menschen



Doch anstatt sich mit den S P D -Vorschlägen ernsthaft auseinander zu setzen, lehnte die schwarz-gelbe Mehrheit reflexartig alle Anträge der Sozialdemokraten ab.

„Um Langzeitarbeitslose für den Arbeitsmarkt fit zu machen, brauchen wir jedoch mehr Mittel, statt weniger. Perspektiven schaffen, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren muss die Devise lauten.“ unterstrich Sprecherin Kramme.

## Streit um Aktionsplan zu Behindertenrechten

SPD und andere Oppositionsparteien kritisieren die Regierung für ihre Untätigkeit beim „Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ (NAP).



*Silvia Schmidt, MdB*

Die SPD bekennt sich zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in all ihren Bestandteilen, damit endlich auch Menschen mit Behinderung umfassend in unserer Gesellschaft mitmischen können und nicht ständig vor unnötigen Barrieren stehen.

„Deshalb fordern wir eine Überprüfung der deutschen Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit der UN-Konvention. Hier gibt es einen enormen Handlungsbedarf. Zum Beispiel schlagen wir das Konzept der „Disability Mainstreaming“ vor. Damit sollen Vorurteile abgebaut und die Gesellschaft für die Belange der Betroffenen sensibilisiert werden“, sagte die Behindertenbeauftragte der Fraktion Silvia Schmidt. Elke Ferner ergänzt: „Menschen mit Behinderungen wollen nicht als Bittsteller am Rande der Gesellschaft leben. Sie wollen teilhaben können und nicht teilhaben dürfen.“

Seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahre 2009 hat die Regierung kaum etwas geliefert. Stattdessen habe sie einen „zögerlichen“ NAP mit vielen Absichtserklärungen formuliert, der jedoch am Kern des Problems vorbeigehe. Denn „wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem“, stellte die SPD-Abgeordnete fest.

### Impressum:

Herausgeberin und V.i.S.d.P.:  
Anette Kramme, MdB

Anschrift:  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 — 227 71462  
Fax: 030 — 227 76464  
anette.kramme.ma12@bundestag.de

Redaktion:  
Tine Scheffmeier

## Weihnachtswünsche

Im Bundestagsgebäude finden sich eine Menge großer Weihnachtsbäume, aber ein besonderer aus dem Fichtelgebirge überstrahlt mit so viel Kinderfreude alle anderen. Die Selber Grundschüler präsentieren stolz den von ihnen nach Berlin geleiteten Weihnachtsbaum mit selbstgemachten Porzellananhängern der Kinder.



**Ich wünsche Ihnen und Euch allen herrliche Weihnachten, ganz viel Ruhe und eine besinnliche Zeit im Kreis der Lieben!**

**Ihre und Eure  
Anette Kramme**